

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Max Dresden Nr. 24.202
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dank-Konto: C. H. H. Dresden, Straße Dresden Nr. 608
Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsanstalt Hermann Deppert & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, nur ein Viertel-Blattchen Läden. Aus alter u. neuer Zeit, Wochen-Zeitung, Schallplattenbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20, für 3 Jähre 60.00, 5 Jähre 100.00, 10 Jähre 180.00, 15 Jähre 250.00, 20 Jähre 320.00, 25 Jähre 400.00, 30 Jähre 480.00, 35 Jähre 560.00, 40 Jähre 640.00, 45 Jähre 720.00, 50 Jähre 800.00, 55 Jähre 880.00, 60 Jähre 960.00, 65 Jähre 1040.00, 70 Jähre 1120.00, 75 Jähre 1200.00, 80 Jähre 1280.00, 85 Jähre 1360.00, 90 Jähre 1440.00, 95 Jähre 1520.00, 100 Jähre 1600.00. Bei unregelmäßiger Zahlung ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernver. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortl. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die 4-spaltige Post-Zeile mit 25 Goldspinnigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldspinnigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Schriften werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattdruck erstl. d. verspät. Zahlung. Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 264

Mittwoch, den 12. November

1930

Wieder einen Schritt weiter

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichslandwirtschaftsamt verabschiedete in seiner Dienstagabend-sitzung den Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, das dem Reichstag unverzüglich zugehen wird.

Sofortige Einberufung des Rechtsausschusses des Landtags fordert die Wirtschaftspartei

Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat an den Vor-sitzenden des Rechtsausschusses des sächsischen Landtages, an den Abgeordneten D. Schmidt, das folgende Schreiben gerichtet:
Der Dresdner Gastwirtsstreik und die damit zusammenhängenden von Laulenden be-suchten Protestdemonstrationen gegen die in Dresden durch die sächsische Notverordnung veranlaßte und infolge Spruchs der Ge-meindeversammlung durchgeführte Gemeindegewerbesteuer haben deutlich bewiesen, wie wirtschaftsfeindlich sich die Gemeindegewerbesteuer auswirkt. Wir fordern deshalb, um dem schwer um seine Existenz ringenden Gastwirtsstand die Rechnung zu tragen, die sofortige Einberufung des Rechtsausschusses und sofortige Behandlung aller im Rechtsausschuß vorliegenden Anträge, welche die Befreiung der sächsischen Notverordnung über die Gemeindegewerbesteuer und Gemeindegewerbesteuer zum Ziele haben.

Parteiliche Neutralisierung des Sächsischen Landbundes

Veranlaßt durch die letzten Beschlüsse des Reichslandbundes hat der Sächsische Landbund jetzt in einer Vertreterver-sammlung folgende Entschliebung gefaßt:

In dem feiten Zusammenschluß der Sächsischen Landwirtschaft liegt allein die Macht begründet, die in dem Kampf der politischen und wirtschaftlichen Kräfte zur Wahrung der Rechte und der Lebens-interessen des landwirtschaftlichen Be-völkerungsstandes eingesetzt werden muß. Oberstes Ziel der Führung des Sächsischen Landbundes ist es daher von jeher ge-wesen und wird es auch in Zukunft sein,

die Geschlossenheit der Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit zu sichern.

Das Ergebnis des hinter uns liegenden Wahlkampfes hat gezeigt, daß in Sachsen der berufständische Gedanke auf dem Lande in den letzten Jahren stark Wurzel geschlagen hat, daß aber ein Teil der Sächsischen Landbevölkerung gewillt ist, mit seiner parlamentarischen Vertretung politische Parteien zu beauftragen. Die-ferm bei der Reichstagswahl bekundeten Willen seiner Mitglieder folgend, wird der Sächsische Landbund sich

fortan frei von allen parteipolitischen Bindungen

halten; entsprechend der Entschliebung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes vom 20. September wird er seiner Partei und seiner Bewegung ein Privileg zur parlamentarischen Vertretung erteilen. Unbeschadet der persönlichen Parteizuge-hörigkeit seiner Einzelmitglieder wird er die Parteien ausschließlich danach werten, wie sie den national- und wirtschaftspoli-tischen Willen des Landvolkes in und außerhalb des Parlaments vertreten und verwirklicht haben.

Hemmungen beim Preisabbau

Wie die „Durchführung“ der Berliner Beschlüsse aussieht

Die Senkung der Berliner Schweinefleisch-, Brot- und Milchpreise, wenn auch nur um einige wenige Pfennige, war begrüßenswert als ein erster Schritt auf einem Wege, den folgerichtig weiter zu beschreiten die Regierung und alle die-jenigen, denen an einer Entspannung der innen-politischen Atmosphäre gelegen ist, alle Verant-wortung haben. Leider hat sich bereits am Dienst-tag, am Tage nach der Verkündung der Preis-herabsetzung, gezeigt, daß nicht bei allen betei-ligten Stellen der Wille vorhanden ist, der durch die Lohnsenkung veränderten Lage am Verbrau-chermarkt Rechnung zu tragen.

Da sind zunächst die Brotfabriken, die sich nicht scheuen, die Zulagen ihrer Vertreter, die diese der Regierung gegenüber gemacht haben, **hinzu-zu-machen, und die den Brotpreis nicht um 4, sondern nur um 2 Pfennige senken wollen.** Vermutlich werden die Bäcker erklären, daß, was den Brotfabriken recht ist, für die Käufer billig ist. Es stellt sich ferner heraus, daß die Herabsetzung der Schweinefleischpreise um 5 Pf. pro Pfund sich nicht etwa im Einzelverkauf aus-wirkt, sondern nur in der **Samen- und Futter-wirtschaft** des Großhandel und Einzelhändler. Die Senkung der Milchpreise um einen ganzen Pfennig pro Liter ist schließlich auch nicht überwindlich, so daß auch der wohlwollendste Beurteiler der Preisabbauaktion nur sagen kann, daß ihre Er-

gebnisse sich bisher in mehr als mäßigen Gren-zen halten.

Der Regierung stehen gesetzliche Mittel zur Preisregulierung in der freien Wirtschaft nicht zur Verfügung. Man wird aber von ihr erwar-ten müssen, daß sie ihre ganze Autorität einsetzt, um das von ihr angestrebte Ziel zu erreichen. Sonst müßte der Konsument schließlich zu der Ueberzeugung gelangen, daß die gesamte Preis-senkungsaktion, von der nun seit Wochen ge-sprochen und gesprochen wird, nichts anderes sein sollte, als ein **Verzögerungspulver!**

Das Kabinett wird nicht locker lassen!

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichsland-wirtschaftsamt beschäftigte sich am Dienstagabend unter Vorsitz des Reichsstatistikers Dr. Brüning und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther mit Fragen der Preis- und Ar-beitspolitik. Die weitere energische Förderung der auf eine umfassende Preisentlastung gerichteten Tendenzen wurde einem Kabinettsaus-schuß anvertraut, der in dauernder engerer Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirt-schaftskreisen stehen wird.

Ferner wurden noch Fragen der Arbeits-erweiterung, eines weiteren Schuljahres und der

Zulassung von ausländischen Wanderarbei-tern erörtert, über die noch Verhandlungen mit den Ländern geführt werden.

„Der Preisabbau — eine Frage des Vertrauens“

Unter dieser Ueberschrift führt die „Ger-mania“ etwa folgendes aus: Mehr und mehr drängt sich die Ueberzeugung auf, daß der notwendige Preisabbau eine Frage des Ver-trauens, ja schließlich eine Nervenfange ist. Wohl bemerkt, nicht allein eine Frage des Vertrauens zum Kabinett Brüning, sondern vornehmlich eine Frage des Vertrauens des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Der Preisabbau ist diesmal keine Sonderfrage, wie 1925 bis 1926, er ist in größtem Umfange

eine deutsche Lebensfrage geworden. Reines der vielen Glieder der Abkautette kann ohne Gefährdung des Ganzen aus-gelassen werden. Ohne Preisabbau ist der Lohnabbau nicht tragbar, ohne beide muß der neue Haushaltskurs Schiffbruch leiden, ohne geordnete Finanzlage sind wir außenpoliti-schen Zielen gegenüber unfrei und geschwächt. Die allgemeine Ueberzeugung, vor sieben mageren Jahren zu stehen, ist nicht nur bei uns, sie ist im ganzen Auslande verbreitet.

Steuerentlastung, Preisermäßigung in den Hauptzweigen und Lohnsenkungen sind Schlüsselstellungen.

Die Kalkulation des Zwischenhandels muß sich anpassen, muß mitgehen. — Es ist kein Zufall, daß Fleischer und Bäcker öfter ge-nannt wurden; dem Arbeitnehmer der brei-ten Schichten kann es zurzeit ziemlich gleich-gültig sein, ob die Preise für Schrankkoffer zum Beispiel ermäßigt werden (womit nichts gegen die Notwendigkeit auch dieser Preis-ermäßigungen gesagt sei!); aber Fleisch, Brot und Fette, das sind Waren, an denen er einsparen muß und kann, an denen er sich kontrolliert. Die Reichsregierung weiß das und wird auch weiterhin kein Mittel un-versucht lassen, die soeben aufgeloockerten Mauern weiter ins Wanken zu bringen.

Ermäßigung der Postgebühren ist dringend geboten

Dem Reichsverband der deutschen Industrie sind in letzter Zeit zahlreiche Schreiben zu-gegangen, in denen die Notwendigkeit einer Senkung der Postgebühren hervorgehoben wird. Der Reichsverband ist infolgedessen beim Reichspostministerium für eine beschleu-nigte Senkung der Postgebühren eingetreten.

Fragen, die klare Antwort verlangen

Vier bekannte Nationalökonomien, Her-mer-Berlin, Alfred Weber-Heidelberg, Edert-Röhl und GdH Bries-Berlin haben im An-schluß an die dem Reichstag vorliegenden wirtschaftspolitischen Anträge der National-sozialisten eine Reihe von Fragen an die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ge-stellt, die von größtem öffentlichen Inter-esse sind. Bekanntlich ist das Kernstück von Hitlers und Febers Wirtschaftsprogramm die Brechung der Zinsmacht durch Einschrän-kung des Zinsfußes auf 4 Prozent und das Verbot des Börsenhandels mit Effekten. In ihren durchaus konkreten Fragen weisen nun die Gelehrten auf die Unhaltbarkeit dieser Forderungen hin. Die Begrenzung des Zins-fußes würde die Banken usw. zwingen, höch-stens 2 1/2 Prozent auf Einlagen zu vergüten. Wie will man die dadurch hervorgerufene schwerste Schädigung der kleinen Sparer ver-



300. Todestag Johann Keplers

Der berühmte Astronom Johann Kepler, auf dessen Lehre von der Planetenbewegung sich die Astronomie späterer Jahrhunderte bis auf die Jetztzeit grundlegend gestützt hat, starb am 15. November 1630 in Sagan in Schlessen. Kepler war Württemberger Kind, zu Weilberstadt im Jahre 1571 als Sohn verarmter Eltern geboren. Seine Studien betrieb er auf der Universität Tübingen mit dem eigentlichen Zweck, Theologe zu werden, jedoch begeisterte ihn schon damals die kopernikanische Lehre für die Astronomie, der er sich als Professor in Graz später ganz widmete. Als Nachfolger von Tycho Brahe, mit dem er schon in Prag zu dessen Beobachtungen zusammengearbeitet hatte, schrieb er, auf dessen Beobachtungen aufbauend, seine berühmten Gesetze des Planetenlaufs, die eine ganz neue Theorie der Planetenbewegung bedeuteten.